

14/08/2020

RA Lars Jope, MBA
Leiter Büro Berlin
+49 175 5218162
lars.jope@arge-heiwako.de



Position zur EU-Politik

Nach der Lissabon-Strategie und der Nachfolgestrategie „Europa 2020“ legt die EU-Kommission mit dem „**Green Deal**“ eine neue Wachstumsstrategie zur Wettbewerbsfähigkeit Europas vor.

Konkret will die EU-Kommission u.a. das erste „**Europäische Klimagesetz**“ vorlegen und damit das Ziel der Klimaneutralität bis **2050** in Rechtsvorschriften verankern. Zudem will sie einen Plan unterbreiten, mit dem die Reduktionsvorgabe der EU für die Treibhausgasemissionen bis **2030** auf mindestens 50% und angestrebte 55% gegenüber 1990 angehoben werden soll.

Ein Renovierungsprogramm für Wohnungen, das darauf abzielt, den **Energieverbrauch von Gebäuden** zu senken, soll „eines der Flaggschiffe“ des Green Deals für Europa sein. Zentrales Ziel ist es, die Sanierungsrate von Gebäuden „mindestens zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen“.

Die Bundesregierung hat mit ihrem **nationalen Klimaschutzpaket** bereits einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel eingeläutet, indem erstmals gesetzlich verbindliche Klimaziele und zahlreiche Maßnahmen zur Erreichung der Treibhausgasneutralität bis 2050 festgesetzt wurden.

Deutschland, als größte europäische Volkswirtschaft und zugleich größter Treibhausgasemittent Europas, wird durch die nationalen Vorgaben und die Vorgaben aus dem Green Deal besonders gefordert werden. Die deutsche Wirtschaft hat die Herausforderung, die Treibhausgasemissionen im jeweiligen Sektor bereits bis zum Zwischenziel 2030 deutlich zu senken. Dem **Gebäudesektor** kommt eine zentrale Rolle zu.

Die **Arbeitsgemeinschaft Heiz- und Wasserkostenverteilung** als Interessenvertretung der Mess- und Dienstleistungsunternehmen in Deutschland für die verbrauchsabhängige Abrechnung von Heiz-, Warm- und Kaltwasserkosten wirbt für folgende europapolitische Ansätze:

- **Für eine wettbewerbsfähige EU-Politik**

Der Europäischen Union muss es gelingen, zeitnah gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen wie Klimaschutz und Digitalisierung zu finden und eine zukunftsorientierte EU-Politik so zu gestalten, dass der Wirtschaftsstandort Europa wettbewerbsfähig gehalten wird.

Eine langfristige EU-Strategie zur Treibhausgasreduktion kann die Planungssicherheit von Unternehmen erhöhen. Allerdings sollte sich die EU nicht auf das Ziel der „Klimaneutralität“ bis 2050 verbindlich festlegen, ohne zuvor mittels Folgenabschätzungen und Kosten-Nutzen-Analysen genau geprüft zu haben, welche Maßnahmen erforderlich sind und welche Auswirkungen die vorgeschlagenen Lösungen hätten. In diesem Licht sollten die nationalen Klimaziele und die neuen EU-Klimaziele gemeinsam betrachtet und Ökologie und Ökonomie zusammen gedacht werden.

- **Für Innovationen und digitale Geschäftsmodelle**

Zudem müssen Innovationen und neue Technologien gefördert sowie digitale Geschäftsmodelle ermöglicht werden, um die EU als Wirtschafts- und Investitionsstandort attraktiv zu halten und auch weiter zu entwickeln.

Dies muss nach eigenen EU-Regeln, transparent und rechtssicher vollzogen werden können. Damit würde die technologische Souveränität Europas gestärkt werden.

- **Für Kontrolle und Durchsetzung des EU-Rechts**

Neben neuen Initiativen aus dem Green Deal sollte sich die EU auf die Kontrolle und Durchsetzung des bestehenden EU-Rechts konzentrieren.

In der Mitteilung zum Green Deal führt die EU-Kommission zutreffend aus, dass „neue Maßnahmen allein nicht ausreichen werden, um die Ziele des europäischen Green Deals zu verwirklichen. Neben der Einleitung neuer Initiativen wird die Kommission mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Bemühungen der EU zu verstärken und sicherzustellen, dass die geltenden Rechtsvorschriften und Maßnahmen, die für den Green Deal relevant sind, durchgesetzt und wirksam umgesetzt werden.“

Als „Hüterin der Verträge“ sollte die EU-Kommission mithin verstärkt auf die ordnungsgemäße und fristgerechte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften achten und eingreifen, wenn ein EU-Mitgliedstaat EU-Recht bis zum festgesetzten Termin nicht in vollem Umfang in nationales Recht umgesetzt hat oder das EU-Recht nicht ordnungsgemäß anwendet.

- **Für Transparenz in der Zielerreichung**

Bei der Verfolgung der energie- und klimapolitischen Ziele müssen Energieeinsparung und Treibhausgasreduktion transparent nachvollzogen werden können. Nur über Transparenz bei der Daten- und Faktenlage lassen sich Evaluierungen verlässlich vornehmen. Die verbrauchsabhängige Messung und Abrechnung von Heiz-, Warm- und Kaltwasserkosten gewinnt angesichts der akuten Treibhausgasproblematik dabei zunehmend an Bedeutung, da sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und insbesondere zur Schonung der natürlichen Ressourcen leistet.

Nach Angaben des Umweltbundesamtes entfallen mehr als 80% der in den Haushalten verbrauchten Energie auf die Raumwärme und die Warmwasserbereitung. Dies entspricht fast einem Viertel unseres bundesweiten Endenergieverbrauchs.

Es geht aus gesamtwirtschaftlicher Sicht um die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung eines erheblichen Energieeinsparpotentials.

Beteiligung in der Meinungsbildung

Wichtiger denn je erscheint im Lichte des Brexit eine frühzeitige und nachhaltige Beteiligung der verschiedenen Stakeholder in der europäischen Meinungsbildung. Hierfür bedarf es neben gut zugänglicher Informationen auch transparenter Verwaltungsverfahren. Um eine wirkliche Akzeptanz in der EU-Regel- und Rechtssetzung bei den diversen Stakeholdern zu erreichen, sind unbürokratische und EU-weit einheitliche Regelungen sowie mehr Rechtssicherheit und wirkliche Partizipation notwendig.

Die Arbeitsgemeinschaft Heiz- und Wasserkostenverteilung e.V. ist seit über 40 Jahren die bundesweite Interessenvertretung der Mess- und Dienstleistungsunternehmen für die verbrauchsabhängige Abrechnung von Heiz-, Warm- und Kaltwasserkosten in Deutschland. Die im Fachverband zusammengeschlossenen Mess- und Dienstleistungsunternehmen betreuen als Partner der Wohnungswirtschaft rund 80% des deutschen Wohnungsbestandes in Mehrfamilienhäusern.